

Wilsdruffer Tageblatt

Preisnehmer Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Erhalten Sie mit dem Ankauf des Monats- und Jahrspreises nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4 M., durch unsere Mitglieder gegenfort in der Höhe monatlich 4.40 M., auf dem Lande 4.80 M., durch die Post bezogen monatlich 5.50 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postentgelte und Porto sowie alle anderen Gebühren und Abgaben werden von den Mitgliedern übernommen. Im Falle eines Krieges oder sonstiger Verhältnisse behält der Verlag sich das Recht vor, den Preis des Tagespreises zu ändern.



Interessanter 1 M. für die geographische Karte über den Raum, Leipzig, Pfl., Postamt 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entfallen die Postentgelte. Bestellungen im amtlichen Zeit (für den Zweck) die Postkarte 3 M., Nachnahme-Gebühr 50 Pf. Anzeigenpreise sind ebenfalls 30 M. für die Zeitdauer der durch den Druck übermittelten Angaben überschauen wir keine Gewähr. Jeder Anzeigenpreis ist für den Druck durch den Verlag zu zahlen oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Er erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöschig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 87.

Freitag den 15. April 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern: 1495 bis mit 1682 aus den Höchster Farbwerken in Höchst a. M., 897 bis mit 1007 aus den Behringwerken in Marburg, 224 bis mit 316, die Auslandstetanussera X bis Z, AA, BB aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden, ferner die Kontrollnummer 2 aus dem pharmazeutischen Institut L. B. Gans in Oberursel, Meningokokken-Sera (Wenigstetanussera) aus den Höchster Farbwerken in Höchst a. M. mit den Kontrollnummern 43 bis mit 46, Diphtherie-Sera mit den Kontrollnummern 2155 bis mit 2221 aus den Höchster Farbwerken, 267* aus der Fabrik vormals G. Schering in Berlin, 217 bis mit 246 aus den Behringwerken in Marburg, 598 bis 611 aus dem Serumlaboratorium Ruete-Enoch in Hamburg, 254 bis mit 264 aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden.

Sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abwägung pp. eingezogen sind, vom 1. April d. J. ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur Einziehung bestimmt worden.

Dresden, am 9. April 1921.

Ministerium des Innern.

Die Sächsische Gebührenordnung für ärztliche und zahnärztliche Privatpraxis vom 28. März 1889 mit den durch Verordnungen vom 18. Oktober 1919 und 25. Mai 1920 (abgedruckt in der Sächsischen Staatszeitung vom 24. Oktober 1919 und 3. Juni 1920) erlassenen Nachträgen tritt am 1. Mai 1921 außer Kraft. Mit diesem Tage tritt an ihre Stelle die Sächsische Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte vom 9. April 1921, die inhaltlich mit der Preussischen Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte vom 1. September 1920 übereinstimmt.

Druckfäden dieser neuen Gebührenordnung können von der verlegenden Buchhandlung G. Buda in Dresden und den anderen sächsischen Buchhandlungen zum Preise von 3.60 M. einschließlich Zustlags bezogen werden.

Dresden, 9. April 1921.

Ministerium des Innern.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Beifügung der deutschen Kaiserin in Potsdam ist auf Dienstag den 19. April verschoben worden.

* Gegen das Berliner Kommunifikanorgan die „Neue Fahne“ ist ein Verfahren wegen Hochverrat eingeleitet worden.

* In Russland ist ein Bauernaufstand gegen die Sowjetregierung ausgebrochen.

* In seiner Botschaft an den Kongress fordert Harding den sofortigen Friedensschluss mit Deutschland.

Neue Verhandlungen?

Mit der Rückkehr des Ministers Dr. Simons nach Berlin sind für Deutschland wieder Tage politischer Hochspannung gekommen. Wieder einmal fühlt alle Welt bis in die Fingergipfel, daß wir schicksalsschweren Entscheidungen entgegengehen. Wir haben einmal, als es sich um den Friedensvertrag von Versailles handelte, uns nach hartem Kampfe für die Unterschrift entschlossen, und haben das zweitemal, als die Pariser Beschlüsse in London auf die Tagesordnung gestellt waren, bei der Ablehnung verharret. Jetzt naht die Stunde, da wir zeigen sollen, daß wir für jene Unterschrift wie für diese Ablehnung die letzten Verantwortungen übernehmen wollen. Dr. Simons hat seinen Ferienaufenthalt in der Schweiz ungewiss gemacht dazu benutzt, sich über die Ernstigkeit und die Größe der Gefahren, die im Anzuge sind, genau zu informieren und danach seine weiteren Entscheidungen einzurichten. Daß er für keine Person mit dem Vorjahre heimgeführt ist, nunmehr zu neuen Verhandlungen mit Frankreich die Initiative zu ergreifen, hat er in seinem „Matin“-Interview schon ziemlich unverhohlen angekündigt. Sehr fragt es sich, ob auch das Reichskabinett gewillt sein wird, einen solchen Schritt zu tun, und wie er, wenn es geschehen sollte, vom deutschen Volke aufgenommen werden würde?

Man hat noch bis zum letzten Augenblick von allerhand Vermittlungsmöglichkeiten gesprochen. Bald sollte Italien, bald die Schweiz, bald sollten die Vereinigten Staaten mit einer solchen mehr ehrenvollen als aussichtsreichen Mission betraut werden. Aber es zeigte sich, daß ernstlich von solchen Hoffnungen gar nicht gesprochen werden darf. Und wenn irgendwo eine leise Reizung bestanden haben sollte, auf diesem Wege Europa vor der neuen Krise, in die es zu stürzen droht, zu bewahren, so ist die äußerst entschlossene Sprache der französischen Regierungsmänner wahrlich geeignet, jeden solchen Versuch sofort ins Keime zu ersticken. Weib also nur die Möglichkeit, durch neue Verhandlungen das Unheil aufzuhalten. Neue Verhandlungen heißt aber bei dem Stadium, bis zu dem die Dinge nachgerade gelangt sind, nichts anderes als neue Vorschläge, und diese müßten sich, wenn man sich von ihnen noch irgendwelchen Erfolg versprechen will, im großen und ganzen auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse bewegen. Die Franzosen beharren mit größerer Entschiedenheit als je auf der Forderung, daß die Zahlungspflicht in dem Umfange, wie sie es für gut befinden, sie festzusetzen, von Deutschland anerkannt werden müsse, und daß dann höchstens über die Art und Weise unserer Schuldentilgung mit ihnen geredet werden könne. Wenn wir nach England hinüberschauen, in der Hoffnung, daß die besseren Geschäftselemente von der Themse schon aus reinen wirtschafts-egoistischen Gründen es nicht dazu kommen lassen würden, daß Deutschlands Wirtschaftskraft in ihrem eigenen Kern getroffen wird, so sind die Engländer nicht weniger handelsfeindlich geworden. Lloyd George hat sich von Briand im nahen Orient und in Vorderasien noch weitere Zugeständnisse ausbedungen, über die Abmachungen hinaus, die man schon vor Jahr und Tag getroffen hatte — und dafür unserem unerbittlichen Hauptgläubiger in Mitteleuropa freie Hand gelassen. Im einzelnen mag es trotzdem noch Schwankungen geben, aber in den Hauptpunkten sind die Franzosen ihrer Sache vollkommen sicher. Und welcher Deutsche wäre wohl läßig genug, es darauf ankommen lassen zu wollen, ob Lloyd George im allerletzten Augenblick dem Marschall Foch in den Arm fallen möchte, wenn der 1. Mai gekommen ist, ohne daß wir bis dahin eine

„Verhandlung“ mit Frankreich erreicht haben. Daß Dr. Simons mit diesen Sorgen schwer belastet nach Reitmöglichkeiten Umschau hält, wer will es ihm verargen? Der Brianische Gen darm, der schon vor den deutschen Toren steht, bedeutet das Ende des Reiches, zum mindesten seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit, bedeutet die Zerreißung der Reichseinheit, die tatsächliche Wiedereinsetzung unserer wichtigsten Industriegebiete, die völlige Schmachtmäßigkeit der deutschen Souveränität. So ist es denn sehr wohl zu verstehen, daß die Reichsregierung die Führer der Regierungsparteien nach Berlin berufen hat, um mit ihnen wegen der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Entente Fühlung zu nehmen. Nicht nur die Reichsregierung, auch der Reichstag müßte von früher zu Dingen, die er noch vor wenigen Wochen für unmöglich erklärt hat, wenn den neuen Plänen unseres Außenministers stattgegeben werden soll.

Verantwortlichkeiten von ungeheuerlichem Ausmaß stehen hier in Frage. Es wird niemand von vornherein erklären wollen, daß die Reichsregierung sich unter keinen Umständen auf neue Verhandlungen einlassen dürfe. Ob sie aber, zumal in ihrer bisherigen Zusammensetzung, den Kredit finden würde, um heute Wege beschreiten zu können, die sie gestern als absolut ungangbar bezeichnete, das ist eine andere Frage. Wer einmal von der Notwendigkeit neuer Verhandlungen überzeugt ist, wird dann auch vor einer Umbildung der Reichsregierung nicht zurückschrecken, wenn das Ziel nur um diesen Preis zu erreichen ist. Überflüssig zu sagen, daß bei dieser Gelegenheit die deutsche Volkspartei aus der Reichsregierung wieder ausscheiden, die Sozialdemokratie wieder in ihre Mitte zurückkehren würde.

Frieden mit Amerika.

Hardings Botschaft an den Kongress.

Die mit größter Spannung erwartete erste große Botschaft des Präsidenten Harding an den amerikanischen Kongress liegt nun im Wortlaut vor. Die Botschaft befaßt sich zunächst mit einer ganzen Anzahl von Fragen der inneren Politik und kommt dann zu dem für uns interessanten und wichtigsten Kapitel der amerikanischen Außenpolitik für die weitere Zukunft.

Abschluß eines Sonderfriedens.

Mit Bezug auf die Frage eines Sonderfriedens mit Deutschland sagt Harding in der Botschaft:

Die Vereinigten Staaten stehen als einzige unter den affizierten und assoziierten Mächten noch technisch im Kriegszustand mit den Mittelmächten. Diese anormale Lage darf nicht weiter fortdauern, und um technisch den Kriegszustand ohne Verzug herzustellen, würde ich eine diesbezügliche erklärende Entschliessung des Kongresses mit den Einschränkungen, die wesentlich sind, um alle unsere Rechte zu schützen, guthießen. Eine solche Entschliessung soll nichts weiter als den Friedenszustand erklären, den ganz Amerika fordert. Es würde unglücklich sein, eine Darlegung über die zukünftige Politik mit Bezug auf europäische Angelegenheiten in einer solchen Erklärung des Friedenszustandes zu machen.

Wir würden sonst bei der Verbesserung der Fehler der vorkriegenden Gewalt, die bei dem Abschluß des wichtigsten Vertrages in der Geschichte der Nationen die festgesetzten Bestimmungen des Senats nicht anerkannt, was ebenso vertwerflich ist, in das andere Extrem übergehen, wenn der Kongress oder der Senat die Funktionen der vorkriegenden Gewalt an sich nehmen würde. Unsere höchste Pflicht ist die Wahrung der festgesetzten Vollmachten eines jeden und die Förderung dieses Geistes des Zusammenwirkens der zu unserem gemeinsamen Wohle so wichtig ist. Es würde eitel sein, separate Friedensverträge mit den Mittelmächten zu schließen unter der Annahme, daß dies allein hinreichend sein würde, da die Lage so verwickelt ist, daß unsere Friedensverbindlichkei-

ten alle Weltbeziehungen und bereits erfolgte Regelungen nicht außer acht lassen dürfen. Es ist auch nicht wünschenswert, daß dies geschieht. Bei der Wahrung unserer eigenen Rechte und bei der Festsetzung unserer zukünftigen Beziehungen würde als der glücklichere Weg die Annahme der Befügung unserer Rechte und Interessen, wie sie bereits der bestehende Vertrag vorsieht, erscheinen, natürlich unter der Annahme, daß dies befriedigend erreicht werden kann durch deutliche Vorbehalte und Änderungen, die unsere unbedingte Befreiung von nicht zählbaren Verpflichtungen sichern und alle unsere wesentlichen Interessen schützen.

Verurteilung des Versailler Friedensvertrages.

Den Völkern, den unsere Feinde in den Friedensvertrag von Versailles hineingebracht haben, lehnt Harding mit aller Entschiedenheit und mit düren Worten ab. Er charakterisiert dieses Monstrum folgendermaßen:

An dem augenblicklichen Bund einer Weltregierung mit seinen Übervölkern wird unsere Republik keinen Teil haben. Es kann hier keine Mißdeutung geben, einen Verrat an dem wohlwollenden Willensausdruck des amerikanischen Volkes bei den letzten Wahlen wird es nicht geben, und es ist nur fair, der Welt im allgemeinen und unseren Assoziierten im Kriege im besonderen zu erklären, daß der Völkerbundsvertrag unsere Genehmigung nicht erhalten kann. Ganz offensichtlich wurde das höchste Ziel des Völkerbundes dadurch hinfällig gemacht, daß der Bund mit dem Friedensvertrage verkettert und dadurch zu einem Zwangsmittel der Sieger im Kriege wurde. Die fundamentalen Ziele, die jede solche Vereinigung zu erreichen sucht, können nicht gedeihen, solange diese Vereinigung das Organ irgend eines besonderen Vertrages ist oder zur Erreichung der besonderen Ziele irgend einer Nation oder Gruppe von Nationen bestimmt ist. Das bei den Wahlen gegebene Versprechen, nach einem Verbands der Nationen zu streben, wird treu gehalten werden.

Neuordnung und Wiederaufbau Europas.

Harding erklärt weiter, der Anteil Amerikas bei der Neuordnung und Wiederherstellung könne nicht außer acht gelassen und müsse genau bestimmt werden. Nachdem die Überregierung des Bundes endgültig abgelehnt und der Welt mitgeteilt worden sei, und nachdem der Friedenszustand zu Hause erklärt worden sei, könne Amerika dazu übergehen, vertragliche Beziehungen abzuschließen, die so wesentlich seien für die Anerkennung der Rechte der amerikanischen Nation, und von neuem einen vollen Anteil bei dem Anschluß an die Völker der Welt bei der Verfolgung des Friedens nehmen. Amerika habe seine Verpflichtungen bei der Schaffung der Ruhe in Europa. Diese Restauration müsse geschaffen werden, bevor der menschliche Fortschritt wieder einsetzen könnte. Hilfsbereitschaft, erklärt Harding, bedeutet jedoch nicht Verwicklung, und Teilnahme an wirtschaftlichen Anordnungen bedeutet nicht eine Bürgschaft für Vertragsverpflichtungen, die uns nicht betreffen, und an denen wir keinen Anteil haben. In dem dringenden Wunsch, das Größte und das Beste für unsere eigene Republik zu tun, um ihren hohen Platz unter den Nationen aufrechtzuerhalten und zur gleichen Zeit vollste Gerechtigkeit zu bieten, werde ich auf die praktischste Weise den Rat des Senats einholen, nachdem dieser mit allen den Bedingungen, denen Rechnung getragen, den Verpflichtungen, die erfüllt, und unseren Rechten, die geschützt werden müssen, bekannt gemacht worden ist. Wir können der Menschlichkeit keinen wirksamen Dienst erweisen, bevor wir nicht von neuem unsere eigene Fähigkeit zum Zusammenwirken in der Verordnung der Bestimmung, die die Befähigung verleiht, beweisen, und keinerlei Verträge können abgeschlossen werden, die unsere Verbindungen im Kriege außer acht lassen. Für die Zukunft kann keine nützliche Gesellschaft der Nationen auf Gerechtigkeit gegründet und zum Frieden verpflichtet werden, bevor Verträge, die den Frieden wieder herstellen, von den Nationen besiegelt werden, die sich im Kriege befanden.

Harding sagt zum Schluß, für die vollständige Wiederherstellung des Friedens und seine Beziehung zu ber-